



Reden

10.12.2014

Thema: Anträge zur Geschäftsordnung des Landtags – Änderung der Redezeiten

Florian Streibl (FW): Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Es fällt sicher schwer, bei dieser Debatte heute sachlich zu bleiben. Aber wir diskutieren eigentlich über drei Anträge zur Geschäftsordnung. Die Redezeit ist ein Teilbereich davon. Enttäuschend ist, dass wir im Kreis der parlamentarischen Geschäftsführer viel und lang darüber diskutiert haben. Das Ergebnis, so wie es heute vorliegt, ist enttäuschend, weil wir im Grunde nicht zusammengekommen sind, da die CSU sich nur sehr wenig bewegt hat. Unsere Oppositionsanträge enthalten viele Dinge, die wir wünschen, zum Beispiel das Transparenzregister, das eine schon ältere Forderung ist, die von vielen Verbänden immer mehr gefordert wird. Bei der Frage der Ministerbefragung in Form einer Regierungsbefragung haben wir uns wirklich Mühe gegeben, damit das Ganze etwas wird, das das Parlament mehr belebt, indem ein schnelleres Frage-Antwort-Spiel möglich ist. Unser Beweggrund war, dass wir ein lebhaftes Parlament bekommen wollten, das auch wieder ein Spiegel der Gesellschaft sein kann. Aber diese Lebhaftigkeit wird jetzt untergraben und unterbunden. Ich glaube, die Regelung mit dem Hammelsprung muss ich nicht groß erläutern. Das ist im Grund eine Gerechtigkeitslücke, die die CSU vielleicht in den nächsten 20 Jahren einmal schließen wird, wenn sie vielleicht einmal in einer anderen Position ist.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Außerdem hätten wir gerne ein Anhörungsrecht für den Datenschutzbeauftragten gehabt. Daraus ist auch nichts geworden oder wird wahrscheinlich nichts. Jetzt zum CSU-Antrag. Es gibt einige Punkte in dem Gesamtantrag, die wir möglicherweise mitgetragen hätten. Aber das war am Schluss nicht so gewünscht. Hier hätten wir in manchen Punkten einen Konsens finden können. Man hätte sich vielleicht doch noch etwas mehr Zeit nehmen müssen; denn wie heißt es so schön: Gut Ding will Weile haben. Aber für ein gutes Ergebnis sind wir heute vielleicht etwas zu früh dran. Das zeigt sich auch bei den Zwischenbemerkungen. Aber alles, was man in dem Antrag der CSU-Fraktion sieht: Dort geht es eigentlich ausschließlich darum, die Rechte der kleinen Fraktionen einzuschränken.

(Peter Winter (CSU): Wo denn?) Bei der einen Sache muss man bedauerlicherweise sagen, dass die SPD-Fraktion den Hinweis mit dem Zugriff bei Ausschussbesetzungen gegeben hat, zum Beispiel mit dem Sainte-Laguë/Schepers-Verfahren. Die andere Sache ist die Einschränkung der Minderheitenanhörung, was wir hier jetzt als eine Lex 10 H sehen, dass nämlich die Rechte der Minderheit bei Anhörungen eingeschränkt werden sollen. Gerade dann, wenn man sagt, dass nur noch ein Ausschuss, der federführende Ausschuss, eine Anhörung beraten darf, stellt sich die Frage, wie es dann zum Beispiel mit dem Rechts- und Verfassungsausschuss ist, der möglicherweise eine Anhörung beantragen können müsste,



(Thomas Kreuzer (CSU): Kann er ja auch!)

um die Verfassungsmäßigkeit eines Gesetzes zu überprüfen. Nach meiner Meinung ist hier eine Lücke in den Überlegungen. Das andere ist die Sache, dass man keine weitere Anhörung mehr beantragen darf, wenn schon eine Anhörung stattgefunden hat. Sie beschränken und beschneiden hier im Grund letztlich ohne Not die Rechte der Minderheit, eigentlich die Rechte dieses Hauses, nur weil Ihnen der Antrag zur 10-H-Regelung missfallen hat.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, und bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Mit Verlaub, Sie führen sich hier auf, wie ein kleines beleidigtes Kind. Dazu kann man nur sagen: Ihnen allen tut die absolute Mehrheit letztlich nicht gut. Das muss man hier einmal ganz deutlich sagen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Wenn Sie so weitermachen wie jetzt, wird der Souverän bei der nächsten Wahl sicherlich die Konsequenzen ziehen. Das, was hier geschieht, ist nicht im Sinne der Wählerinnen und Wähler. Es ist auch nicht im Sinne der Regierungserklärung des Herrn Ministerpräsidenten, mit der er zu einer neuen Bescheidenheit aufgerufen hat. Schaut so Bescheidenheit aus? Nein, das ist beschämend.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der SPD und den GRÜNEN)

Nun zur Redezeit. Die Änderung, die Sie vorschlagen, ist im Grunde eine Maßnahme der Disziplinierung. Sie steht genau im Zusammenhang mit dem 16. September. Im Grunde genommen müssten Sie eigentlich froh sein, dass es diese Sitzung gab. Nach dem, was jetzt alles herauskommt, müssten Sie uns dankbar sein und uns noch mehr Redezeit einräumen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir haben es gerade gehört. Eine zwanzigjährige gute Übung werfen Sie ohne Not über Bord, eine Übung, die modern, zielführend und nach unserer Meinung auch gerecht war.

(Wortmeldung des Abgeordneten Josef Zellmeier (CSU))Kollege Zellmeier, hernach bitte.

(Thomas Kreuzer (CSU): Herr Streibl, das ist überall so in ganz Deutschland!)

In einer Republik kommt es darauf an, dass ein Raum und ein Rahmen für die freie und unbehinderte Rede besteht,

(Kerstin Schreyer-Stäblein (CSU): Aber für alle Fraktionen und nicht hauptsächlich für die Kleinen!)

wo die Argumente und nicht die Masse der Worte zählen.



(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN) Nicht der, der länger redet, hat recht, sondern der, der die besseren Argumente hat.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Josef Zellmeier (CSU): Ihr redet länger, nicht wir!)

Eine weitere Aufgabe dieser Seite des Hauses ist die Kontrolle der Staatsregierung. Kontrolle können wir hier durch unsere Reden und Kritik ausüben. Jetzt kommt es eben: Von der anderen Seite geht keine Kontrolle der Staatsregierung aus. Es wird keine Kritik an der Staatsregierung geübt. Nehmen Sie doch nur die heutige Debatte. Da hatten Sie schon regelmäßig mehr Redezeit. Was haben Sie daraus gemacht? Die Fraktion der CSU ist zu einem Hallelujachor für die Staatsregierung verkommen. Was anderes war es doch nicht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der SPD und den GRÜNEN)

Diese Art von parlamentarischer Gesundheitsbetriebelei, die Sie hier betreiben, ist dieses Hauses unwürdig. Lobhudelei für die Staatsregierung, nichts anderes! Wenn Sie so weitermachen, werden die Debatten hier herinnen nur noch langweiliger. Der Frust bei den Wählerinnen und Wählern wird noch größer, wenn Sie alles das hören müssen, was Sie hier erzählen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der SPD und den GRÜNEN)

Wenn man von inszenierten Empörungen redet, muss man Ihre Empörung vom 16. September als inszeniert bezeichnen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der SPD und den GRÜNEN)

Nur dadurch haben Sie es geschafft, vom Fall Haderthauer abzulenken. Nichts anderes war das. Dazu musste die Opposition herhalten. Das ist auch ein Missbrauch, den Sie hier betreiben, ein Missbrauch dieses Hauses und Ihres Amtes.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der SPD und den GRÜNEN)

Weil Ihnen das, was wir Ihnen sagen, nicht passt, wollen Sie unser Recht beschneiden und uns das Leben hier schwermachen. Das können Sie ruhig machen. Wir stellen uns darauf ein, dann machen wir in dem Stil so fort, und dann wird es erst richtig lustig.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Ingrid Heckner (CSU): Das sind doch Drohungen!)

Meine Damen und Herren von der CSU-Fraktion, die schlimmste Art der Ungerechtigkeit ist die vorgespülte Gerechtigkeit. Das ist das, was Sie hier tun.

(Lachen bei der CSU – Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der SPD und den GRÜNEN)



**BAYERISCHER LANDTAG
ABGEORDNETER
Florian Streibl**

Noch etwas möchte ich zu den Redezeiten sagen: Sie müssen sich erst recht dafür schämen, dass Sie dann noch mit einer Videobotschaft die Opposition verhöhnen. Das, was Sie hier machen, ist unterirdisch und unterste Schublade.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der SPD und den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, Eines kann man hier feststellen: Absolute Mehrheiten schaden Bayern, schaden den Ideen hier im Haus und schaden uns allen. - Danke schön.

(Anhaltender Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der SPD und den GRÜNEN)